

Ukraine

Gesamteinschätzung

Die Regierung Yushchenko, die Ende Dezember 1999 ihr Amt antrat, hat in ihrer 14-monatigen Amtszeit beachtliche Wirtschaftserfolge vorzuweisen. Ihr gelang die Umschuldung der Auslandsverbindlichkeiten am Anfang des Jahres 2000 und die pünktliche Bedienung der Auslandschulden während der gesamten Regierungszeit ohne dass neue internationale Kredite aufgenommen wurden. Erstmals wuchs die ukrainische Wirtschaft in 2000, ein beträchtlicher Teil der aufgelaufenen staatlichen Renten- und Lohnschulden wurde zurückgezahlt, der Außenhandelssaldo verbesserte sich und das Budget wurde ausgeglichen abgeschlossen. Strukturelle Reformen im Energiebereich und der Landwirtschaft wurden begonnen und zeigten erste positive Ergebnisse. Trotzdem wurde der Regierung im April 2001 vom Parlament das Misstrauen ausgesprochen. Eine Allianz aus Kommunisten und Parteien mit starken kommerziellen Interessen (Oligarchen) erzwang den Rücktritt der Regierung und akzeptierte im Mai Anatolij Kinach als neuen Premierminister. Von der neuen Regierung sind bestenfalls graduelle Reformschritte zu erwarten. Sie wird zu beträchtlichen Kompromissen gezwungen sein, um für ihre Gesetzesvorlagen neue Mehrheiten im Parlament zu finden, nachdem die frühere Mehrheitsfraktion im Parlament auseinandergebrochen ist. Es besteht die Gefahr, dass einzelne Reformen des letzten Jahres wieder rückgängig gemacht werden. Die neue Regierung wird sich daran messen lassen müssen, inwieweit es ihr gelingt, zumindest die bereits erfolgten Reformschritte zu bewahren.

Das Wirtschaftswachstum der Ukraine ist auch im ersten Quartal 2001 weiterhin von hohen Produktionszuwächsen der konsumnahen Industrie geprägt. Hinzu kommt das exportorientierte Wachstum der Eisen- und Stahlindustrie. Im ersten Quartal 2001 gab es noch keine Anzeichen einer Wachstumsabschwächung, doch wird für das gesamte Jahr 2001 mit einem im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Wachstum von etwa 4% gerechnet.

Die makroökonomischen Kennziffern für die Ukraine weisen erstaunlich gute Werte auf: reales Wachstum, kein Budgetdefizit, stabile Währung und sinkende Auslandsverschuldung. Einzig die Inflation war 2000 wieder gestiegen. Doch diese Stabilität steht nicht nur wegen der weiterhin fragilen Strukturreformen auf schwankendem Boden. Eine nachlassende Auslandskonjunktur, die reale Aufwertung wie auch Gefahren im inländischen Bankensystem können das Bild schnell verändern. Politische Zugeständnisse vor den Parlamentswahlen im März 2002 im Sozialbereich und/oder bei der Unterstützung der heimischen Industrie können schnell die finanzielle Stabilität untergraben.

Produktion und Verwendung des BIP

Erstmals seit Beginn der neunziger Jahre wies die ukrainische Wirtschaft in 2000 ein positives Wachstum von 6% auf. Diese Wachstumstendenz hat sich auch in den ersten vier Monaten 2001 erhalten und sogar noch verstärkt. Das BIP ist in den ersten vier Monaten 2001 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,6% gewachsen. Die Industrieproduktion nahm im Januar-Mai 2001 gegenüber der Vorjahresperiode sogar um 18,8% zu, nachdem sie im Vorjahr bereits um 12,5% gewachsen war. Obwohl wesentliche Umstellungen bei der Finanzierung zu verkraften waren, erhöhte sich auch die landwirtschaftliche Produktion in 2000 um 9,2%. Dieses Wachstum war durch den Pflanzenbau getragen (21,2%) während die Tierproduktion zurückging (-5,1%). Im ersten Quartal 2001 war die Landwirtschaft weiterhin auf Wachstumskurs (6,1%) Das überraschend hohe und anhaltende Wachstum ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen.

- Durch die deutliche Abwertung im Herbst 1998 kam es zu einer umfassenden Substitution von Importen durch heimische Produktion. Dies

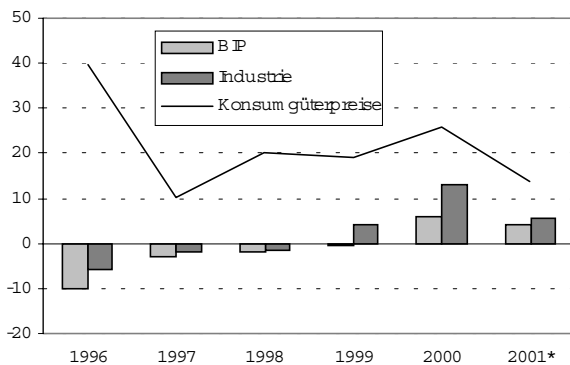
zeigte sich besonders in den Konsumgütersektoren, die ein hohes Wachstum aufwiesen. Überraschend ist, dass diese Substitution trotz der seit 2000 eingetretenen realen Aufwertung sich bisher nicht abgeschwächt hat. Deutlicher als noch im Vorjahr wurde 2000 ein überdurchschnittliches Wachstum in den Branchen Leichtindustrie 39%, Holz, Papier 37,1% und in der Nahrungsmittelindustrie 26,1% erreicht.

- Ein weiterer wesentlicher Wachstumsfaktor war die hohe Auslandsnachfrage, die sich aus der guten Weltkonjunktur und dem Wachstum der russischen Wirtschaft ergab. Die Exporte hatten 2000 um 26% zugenommen und lagen auch im ersten Quartal 2001 um 21% über dem Wert des Vorjahreszeitraums.
- Eine Ursache für das Wachstum des offiziellen BIP wird im Rückgang der Schattenwirtschaft vermutet. Im Zuge der Politik der Begrenzungen von nicht-monetären Zahlungen (Barter, Verschuldung, Verrechnungen) wie auch durch die begonnenen Privatisierungen gegen Geld kamen bedeutende Summen in den offiziellen Geldkreislauf, die ihm bisher entzogen waren. Trotz

ihres Rückgangs hat die Schattenwirtschaft aber noch immer einen hohen Anteil an der Produktion, so dass auch in Zukunft die offizielle Wirtschaft weiterhin wachsen kann, indem wirtschaftliche Aktivitäten aus der Schattenwirtschaft in die offizielle Wirtschaft verlagert werden.

- Letztlich ist auch eine Verbesserung des Unternehmensklimas zu nennen, die durch den Beginn von strukturellen Reformen und der Stabilisierung der Staatsfinanzen eingeleitet wurde. Das Vertrauen in die Stabilität der Wirtschaft wächst und damit auch die Bereitschaft zu Investitionen.

Entwicklung des BIP, der Industrieproduktion und der Inflation (Dez./Dez.) in %



Betrachtet man die Verwendungsseite des BIP, so fällt das hohe Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von über 11% auf. Die Investitionsquote (einschl. Bauinvestitionen) betrug 18,9%. Auch im ersten Quartal 2001 hat sich das Wachstum der Investitionen fortgesetzt. Wie schon erwähnt, hatte auch die Außenwirtschaft durch die steigenden Exportüberschüsse einen wesentlichen Anteil am BIP Wachstum.

Die Voraussage der zukünftigen Entwicklung ist von den oben genannten Faktoren geprägt. Der Abwertungseffekt wird in Zukunft schwächer werden, da eine Politik des stabilen nominalen Wechselkurses verfolgt wird, was bei erwarteten zweistelligen Inflationsraten zu einer realen Aufwertung führt. Abschwächend auf das Wachstum dürfte sich auch eine nachlassende Auslandskonjunktur, insbesondere in Russland, auswirken. Dem würde eine weitere Verbesserung des Unternehmensklimas entgegenwirken, welche sich einstellen sollte, wenn die begonnenen Reformen fortgesetzt werden. Insbesondere würden weitere Auslandsinvestitionen im Zuge der noch anstehenden Privatisierungen positiv wirken. Insgesamt wird allerdings für das gesamte Jahr 2001 ein reduziertes Wachstum von etwa 4–5 % erwartet.

Arbeitsmärkte und soziale Lage

Der im April 2001 von der kommunistischen Partei eingebrachte Misstrauensantrag gegen die Regie-

rung Yushchenko wurde mit der katastrophalen sozialen Lage der Bevölkerung begründet. Tatsächlich sind die bestehenden großen sozialen Probleme im Lande aber eine Folge der seit Jahren verfehlten Reformpolitik und des ausbleibenden Wachstums. Die Regierung Yushchenko ist für diese Situation kaum verantwortlich, vielmehr wurde mit ihr erstmals begonnen, die hohen Renten- und Lohnschulden zu tilgen. Über Jahre waren Pensionen und Löhne nicht in vollem Umfang gezahlt worden. Die Regierung hat 2000 alle ausstehenden Rentenschulden zurückgezahlt und mit dem raschen Abbau der Lohnschulden der Budgetorganisationen begonnen. Insgesamt wurden 2000 1,4 Mrd. UAH Rentenschulden und 280 Mio. UAH Lohnschulden des Staates getilgt. Die Verschuldung des Staates gegenüber der Bevölkerung wurde erstmals gesenkt, obwohl weiterhin Außenstände für soziale Unterstützungszahlungen vorhanden sind.

Es gab durchaus eine soziale Komponente in der Regierungstätigkeit, obwohl sie nicht so ausgeprägt war, wie es von vielen erhofft wurde. Ohne den Sozialversicherungsfond betrug der Anteil der Staatsausgaben für Sozialschutz und Wohlfahrt 4,9% des BIP, was unter dem Wert von 1999 (5,4%) lag. Auch gemessen an den gesamten Staatsausgaben erreichten die Sozialausgaben nicht den geplanten Anteil von 20%. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der Sozialleistungen von den Kommunen und Regionen zu leisten ist, die ihrerseits nur über unzureichende Einnahmequellen verfügen. Zum anderen Teil wurde eine zielgerichtete Adressierung der Sozialunterstützung erreicht, indem Streichungen einer Reihe von Sonderprivilegien durchgesetzt wurden, die nicht auf die tatsächlich Bedürftigen abzielten. Diese Art der quantitativen Reduzierung der Sozialleistungen ist eher positiv zu sehen.

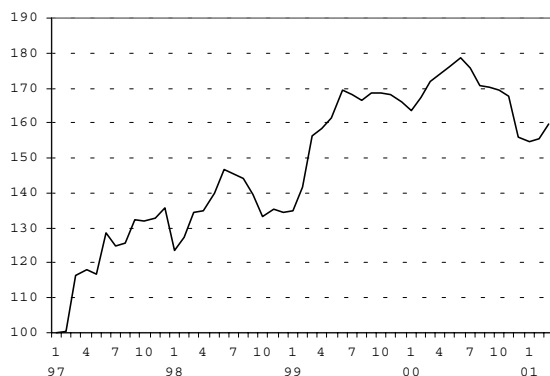
Die durchschnittlichen realen Geldeinkommen der Bevölkerung stiegen um 6,3%, wobei die Reallohne um 1,1% zunahm. Nicht zuletzt durch die Rückzahlungen der Renten- und Lohnschulden kam es in 2000 zu der deutlichen Zunahme des Realeinkommens, so dass sich auch der private Konsum erhöhte. Die Mindestlöhne wurden im Juli 2000 auf monatlich 118 UAH (24 Euro) erhöht, während der Durchschnittslohn bei 230 UAH (46 Euro) lag.

Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Situation unverändert schwierig. Die offizielle Arbeitslosenquote blieb in 2000 mit 4,3% fast unverändert. Ebenfalls konstant, wenn auch auf wesentlich höherem Niveau, blieb mit 11,7% die nach der Methode der ILO berechnete Arbeitslosenquote. Für 2001 wird mit einem deutlichen Anstieg der Quote gerechnet. Die Anzahl der Beschäftigten ist im Jahr 2000 um 350 Tsd. Personen zurückgegangen. Dieser Rückgang wird sich auch 2001 fortsetzen, obwohl im Programm des Präsidenten 600 Tsd. neue Arbeitsplätze angemahnt wurden.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Erstmalig hatte die Ukraine für 2000 ein Budget ohne Defizit verabschiedet und auch realisiert. Die Budgeteinnahmen überstiegen sogar den geplanten Wert, was allerdings zumeist auf die höher als erwartete Inflation zurückzuführen ist. Die Staatseinnahmen als Anteil am BIP konnten ebenfalls gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Dies war vor allem durch die erhöhten Privatisierungseinnahmen möglich, die nach internationaler Methodologie allerdings nicht zu den regulären Einnahmen gezählt werden. Ohne die Privatisierungseinnahmen von 1,3% des BIP wäre das Budget 2000 mit einem leichten Defizit abgeschlossen worden. Auch im ersten Quartal 2001 lagen die Staatseinnahmen über dem Plan. Das Ziel der Verbreiterung der Steuerbasis wurde nur teilweise erreicht, da weiterhin eine große Zahl von Steuerbefreiungen für einzelne Branchen und Regionen wirksam sind. Erklärtes Ziel der Regierung Yushchenko war es, die weitverbreiteten „Surrogatzahlungen“ in Form von Barter und gegenseitiger Schuldenerrechnungen zur Begleichung von Steuerschulden, abzuschaffen. Der Kampf um die Beendigung der nicht-monetären Transaktionen stand im Zentrum der Regierungspolitik, da diese Zahlungspraxis zu groben Verzerrungen im Wettbewerb und zu einem Verlust an Staatseinnahmen bzw. zur impliziten Subventionierung der Zahler führt.

Reale zwischenbetriebliche Verschuldung
Jan. 97 = 100



In der ersten Hälfte des Jahres 2000 konnten auf diesem Gebiet Erfolge erzielt werden. Doch wurden später erneut Aufrechnungen im Energiesektor zugelassen. Es ist schwierig, den tatsächlichen Erfolg dieser Politik zu quantifizieren. Insgesamt wurden aber die Budgettransaktionen in höherem Masse als früher in Geld abgewickelt. Diese Erfolge erklären nicht zuletzt die vehementen Angriffe gegen diese Politik von Seiten der Nutznießer der nicht-monetären Zahlungen und ihrer politischen Parteien.

Bei den Budgetausgaben wurde der Anteil der „Ausgaben für die Wirtschaft“, die im wesentlichen

aus Subventionen an Betriebe bestehen, deutlich verringert. Erhöht hat sich dagegen der Anteil der Ausgaben für Rechtspflege und die Regierungsadministration. Für 2001 ist wiederum unter Einschluss der erwarteten Privatisierungserlöse ein ausgeglichenes Budget verabschiedet worden.

Inflation und Geldpolitik

Die Inflation hat sich im vergangenen Jahr auf 26% beschleunigt. Verschiedene Gründe waren dafür ausschlaggebend. Administrative Preiserhöhungen bei den kommunalen Dienstleistungen (Energie, Mieten etc.) waren notwendig, um einen höheren Grad der Kostendeckung zu erreichen. Die gestiegenen Weltmarktpreise für Energie wirkten sich ebenfalls auf dem ukrainischen Markt aus. Die Erhöhung der Geldmenge M2 um 45% ließ Spielraum für Preiserhöhungen, die sich vor allem bei Nahrungsmitteln und Dienstleistungen niederschlugen. Die vergleichsweise großzügige Versorgung mit Geld ist allerdings auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass versucht wurde, den Umfang der nicht-monetären Zahlungen, die als eine Art Quasi-Geld (Barter, Verschuldung, gegenseitige Aufrechnung) funktionieren, zu begrenzen. Insofern wurde eine gewisse Substitution dieses Quasi-Geldes durch „offizielles“ Geld ermöglicht.

In Folge der früheren Abwertung kam es zu einem beträchtlichen Leistungsbilanzüberschuss von 1,5 Mrd. USD, während in früheren Jahren ein Leistungsbilanzdefizit von über einer Mrd. USD finanziert werden musste. Trotz des hohen Auslandsschuldendienstes von 1 Mrd. USD blieb das Angebot an USD hoch, so dass die Zentralbank als Netto-Käufer am Markt auftrat, um eine Aufwertung zu vermeiden. Die Devisenkäufe der NBU konnten allerdings nur teilweise sterilisiert werden, was letztlich zur erwähnten Steigerung des Geldangebots führte. Die verbesserte außenwirtschaftliche Situation erlaubte eine Erhöhung der Devisenreserven der Zentralbank von 1 Mrd. USD auf 1,6 Mrd. USD. Im Gegensatz zu den Auslandsaktiva blieben die heimischen Aktiva der Zentralbank relativ konstant. Da jedoch keine Finanzierung des Staatsbudget nötig war, konnte der Spielraum zu einer vermehrten Kreditierung der Wirtschaft genutzt werden. Der Geldmengenmultiplikator stieg im Laufe des Jahres deutlich.

In diesem Jahr dürfte bei steigendem Auslandsschuldendienst der Leistungsbilanzüberschuss deutlich niedriger ausfallen, was weniger Devisenkäufe notwendig – eventuell sogar Devisenverkäufe möglich macht, um das Ziel eines nur mäßig ansteigenden nominalen Wechselkurses zu erreichen. Der geplante Geldmengenzuwachs wird unter dem Vorjahreswert liegen und soll die Inflationsrate auf knapp 14% senken.

Außenwirtschaft

Nach dem drastischen Rückgang der Importe und der geringeren Abnahme der Exporte in 1999 infolge der Währungskrise im Herbst 1998 wuchsen Importe und Exporte in 2000 wieder deutlich. Erstmals war der Handelssaldo mit 0,8 Mrd. USD positiv. Traditionell hat die Ukraine wegen des Transportes russischen Gases nach Westeuropa einen hohen Überschuss beim Außenhandel mit Dienstleistungen. Der Überschuss der Leistungsbilanz fiel daher mit 1,5 Mrd. USD noch deutlich höher aus. Die gute Außenhandelsentwicklung setzte sich auch im 1. Quartal 2001 fort. Während die Exporte um 15% gegenüber dem 1. Quartal 2000 stiegen, sanken die Importe wegen verringerter Energieeinfuhren.

Allerdings hat sich die Struktur der ukrainischen Exporte kaum verbessert. Weiterhin bestehen die Exporte zu fast 40% aus Produkten der Stahl- und Eisenindustrie, die die bestehenden Kapazitäten weiterhin nutzt. Zunehmend gibt es allerdings Anti-Dumping Verfahren bei diesen Produkten. Im letzten Jahr begann auch Russland die Röhrenimporte aus der Ukraine zu begrenzen. Auf der Importseite dominieren die Energieimporte, die fast die Hälfte der gesamten Importe ausmachen.

Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen 2000 wieder auf 564 Mio. USD an, bleiben aber weiterhin weit hinter den Erwartungen zurück. Trotz des Ausbleibens von neuen Krediten des IWF konnten aber die internationalen Reserven von 2,2 auf 3,7 Wochenimporte gesteigert werden. Damit ist das Niveau der Reserven zwar immer noch extrem niedrig, doch ist als Erfolg zu werten, dass es im letzten Jahr gelang, ohne neue Kredite allen Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Die Auslandsschulden konnten um 2 Mrd. USD reduziert werden.

Erklärtes Ziel der Regierung war es in 2001 den Beitritt zur WTO zu ermöglichen. Doch die Vorbereitungen dafür gingen deutlich langsamer als geplant vonstatten und es wird sehr schwierig werden, in diesem Jahr den Beitritt zu erreichen. Verschiedentlich wurden die Zollsätze für einzelne Importwaren erhöht und häufig wechseln außenhandelsrelevante Verordnungen, z.B. für die Berechnung der Mehrwertsteuer.

Wirtschaftspolitik

Die Regierung Yushchenko war mit dem Ziel angetreten, die seit langem verschleppten strukturellen Reformen in Gang zu setzen. Zentraler Punkt der Reformpolitik war die Begrenzung der nicht monetären Transaktionen, die zu Intransparenz und starken Wettbewerbsverzerrungen führten. Gleichzeitig waren sie der Nährboden für Korruption, Rentenabschöpfung und den Missbrauch wirtschaftlicher Macht. Obwohl die Politik sicher hinter den gesetzten Zielen zurückblieb, kam es zu deutlichen Verbesse-

rungen bei der Begrenzung von Subventionen und der Herstellung gleicher Wettbewerbschancen. Im Energiesektor wie auch in der Landwirtschaft gab es Erfolge bei der Einführung von Wettbewerb. Das erstmalige Wachstum der Wirtschaft wie die Verbesserung der finanziellen Stabilität waren Ausdruck davon.

Trotz dieser Erfolge bildete sich im Parlament eine neue Mehrheit aus Kommunisten und den Parteien mit starken kommerziellen Interessen (Oligarchen), welche im April 2001 ein Misstrauensvotum gegen die Regierung durchsetzten. Obwohl dieser Schritt im wesentlichen mit unzureichenden Erfolgen der Wirtschaftspolitik begründet wurde, waren es tatsächlich politische und Machtinteressen, die zum Rücktritt der Regierung Yushchenko führten. Im Herbst war Präsident Kuchma unter erheblichen politischen Druck gekommen. Veröffentlichungen von Tonbandmitschnitten aus dem Präsidialamt brachten den Präsidenten in Verbindung mit der Ermordung des Journalisten Gongadze. Die schwierige politische Situation begünstigte die Bildung neuer Mehrheiten im Parlament. Die wirtschaftlichen Verlierer der neuen, transparenteren und marktwirtschaftlichen Politik bildeten einen wesentlichen Teil der Opposition gegen Yushchenko.

Am 29. Mai akzeptierte das Parlament den von Präsident Kuchma vorgeschlagenen Anatolij Kinach als neuen Premierminister. Angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen im März 2002 und der unsicheren Mehrheit im Parlament ist davon auszugehen, dass von der Wirtschaftspolitik in diesem Jahr keine radikalen Reformschritte zu erhoffen sind. Im besten Fall werden die bestehenden Reformansätze bewahrt und einer erneut ausufernden Subventionierung Einhalt geboten.

Zu den Erfolgen des vergangenen Jahres zählt die Verteilung von Eigentumszertifikaten an die Mitglieder der Kolchosen. Damit wurde der Grundstein für einen freien Bodenmarkt geschaffen, obwohl seine Einführung sicher noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Ein neues Bodengesetz, welches den Kauf und Verkauf von Land regelt, wurde bisher noch nicht verabschiedet. Der zweite wichtige Reformschritt war, dass die Regierung aufhörte, den landwirtschaftlichen Betrieben Warenkredite zu gewähren. In der Praxis hatten die Betriebe in der Vergangenheit einen Großteil ihrer Inputs (Dünger, Energie etc.) durch staatliche Behörden erhalten und mussten im Gegenzug dafür Teile ihrer Ernte abtreten. Nach den neuen Regelungen müssen sich die Betriebe nunmehr über Bankkredite finanzieren, wobei der Staat allerdings Zinssubventionen gewährt. Natürlich kam es bei diesem Übergang zu Schwierigkeiten bei der Finanzierung, doch waren sie nicht so stark wie anfänglich befürchtet.

Ein anderer Schwerpunkt der Reformpolitik war die Einführung eines Marktes für Energie. Der Energiesektor war dadurch gekennzeichnet, dass nur zu einem kleineren Teil die Lieferungen in Geld bezahlt

wurden. Indem die Betriebe Nichtzahlungen ihrer Lieferungen akzeptierten, kreditierte (subventionierte) der Energiesektor tatsächlich andere Bereiche der Wirtschaft. Immer neue Argumente wurden gefunden, die es den Betrieben verboten, auf säumige Zahler mit Einstellung der Energielieferungen zu reagieren. Die Reformen zur Reduzierung von Nichtzahlungen und nicht monetären Transaktionen im Energiebereich wurden von der Vize-Premierministerin Julia Timoschenko eingeleitet. Sie hatte früher unter Premierminister Lazarenko selbst einen Konzern geleitet, der die Intransparenz im Energiesektor erfolgreich genutzt hatte. Von Anfang an stand sie unter großem politischen Druck und wegen ihrer früheren Tätigkeit wurde an ihrem Reformstreben gezweifelt. Anfang 2001 musste sie zurücktreten und wurde wegen des Verdachts der Veruntreuung von Staatsgeldern in ihrer früheren Tätigkeit angezeigt und war zeitweise verhaftet. Tatsächlich stieg aber in 2000 die Rate der Geldzahlungen im Energiesektor beträchtlich an. Es spricht vieles dafür, dass dadurch hohe Renten, die früher in diesem Bereich anfielen, stark reduziert wurden. Starke kommerzielle Interessen waren durch diese Reformen im Energiebereich betroffen. Auch dies trug sicher dazu bei, dass im Parlament eine Koalition aus Kommunisten und Oligarchen die Reformen im Energiebereich stoppen wollte und die Absetzung der Regierung betrieb.

Im engen Zusammenhang mit der Durchsetzung einer höheren Zahlungsdisziplin steht der Plan der Privatisierung der großen regionalen Elektrizitätsverteiler (Oblenergos). Ihre Privatisierung ist nur möglich, wenn den Unternehmen die Entscheidung über Abschaltungen bei Nichtzahlung überlassen wird und wenn zumindest kostendeckende Stromtarife eingeführt werden. Die ersten Anteile an Oblenergos wurden mittlerweile an amerikanische und slowakische Firmen verkauft. Bis Ende diesen Jahres sollen 18 der 21 Oblenergos privatisiert sein.

Die Privatisierung von mittleren und großen Unternehmen gegen Geld (statt wie früher gegen Vouchers) findet auch in anderen Sektoren statt. Man wollte im vergangenen Jahr Zeichen setzen, indem man – anders als in der Vergangenheit – transparente und faire Privatisierungen propagierte. Nicht immer ist dies gelungen. In vielen Fällen kam es zu direkten Eingriffen der zentralen und lokalen Administration in den Privatisierungsprozess. Insgesamt wurden trotzdem über 2 Mrd. UAH Erlöst. In diesem Jahr stehen weitere große Privatisierungen u.a. im Telekombereich an, welche zusätzlich 6 Mrd. UAH in den Staatshaushalt bringen sollen.

VOLKHART VINCENTZ

Ukraine

Fläche: 603,7 Tsd. km²; Bevölkerung: 49,5 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd. Hrn., nom.	81,5	93,4	102,6	127,1	175	208.
BIP	Mrd. USD ¹ , nom.	44,5	50,2	41,9	30,8	32,2	36,5
BIP, real,	Veränd. gg. Vorj., %	-10,0	-3,0	-1,9	-0,4	6	4
BIP pro Kopf	USD,						
	amtl. Wechselkurs ¹	868	987	829	614	653	743
	Kaufkraftparität USD	3340	3330	3330	3380	.	.
BIP	Index 1990=100	43,0	41,7	40,9	40,8	43,2	44,9
Industrie	Index 1990=100	50	50	49	51	57	60
Produktionsentwicklung							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	-5,9	-1,8	-1,5	4,3	12,5	5,5
Landwirtschaft ²	Veränd. gg. Vorj., %	-9,5	-1,9	-9,8	-6,9	9,2	3
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	-31,0	-11,9	1,4	-6,7	0,8	.

Ukraine – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Struktur							
Industrie	% des BIP ³	31,0	28,4	29,8	33,2	.	.
Landwirtschaft	% des BIP ³	13,3	13,9	13,7	12,8	.	.
Bauwesen	% des BIP ³	6,7	5,9	5,6	5,2	.	.
Dienstleistungen	% des BIP ³	49,5	51,8	50,8	48,7	.	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	40	50	58	60	76	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	58	64	68	71	.	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten ⁴	48	50	51	51	.	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen ⁵	reale Veränd. gg. Vorj., %	-22,0	-8,8	6,1	0,4	11,2	21,4
Investitionsquote	% des BIP ⁶	20,7	19,8	19,6	19,8	18,9	.
Netto-Zufluß von Direktinvest. ⁷	Mio. USD	541	625	747	489	564	800
darunter aus Deutschland ⁸	Mio. USD	9,6	12,7	50,4	-0,1	9,5	.
aus Deutschland ⁸	Mio. DM	99	188	113	82	-61	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte	Mio. Personen	23,2	22,6	22,3	21,8	21,5	21,3
in der Industrie	% d. Besch.	22,8	21,7	21,1	20,2	.	.
im öffentlichen Sektor	% d. Besch.	20,3	19,9	19,7	.	.	.
Arbeitslosenquote	% (ILO-Definition)	7,6	8,9	11,3	11,9	11,5	.
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2	Veränd. gg. Vorjahr %	322	38	24	41	45	.
Refinanzierungssatz der NBU	% p.a.	62,3	24,6	61,6	50	30,6	.
Realzins ⁸	% per Monat	3,*7	3,3	3,0	3,1	.	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise	%, Dez. - Dez. gg. Vorjahr %	39,7	10,1	20,0	19,2	25,8	13,6
Produzentenpreise i.d.Ind.	%, Dez. - Dez. gg. Vorjahr %	17,3	5,0	35,4	15,7	20,8	.
		52,1	7,7	35,4	15,7	20,8	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne ⁹	Veränd. gg. Vorj., %	71,5	13,5	7,3	15,6	29,6	.
Reallöhne	Veränd. gg. Vorj., %	-5,1	-2,3	-2,9	-5,4	1,1	3,3
Privater Verbrauch, real	Veränd. gg. Vorj., %	-9,0	6,5	-4,5	-0,1	12,3	6
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	-5,1	0,2	-6,6	-7,1	6,9	.
Sparquote ¹⁰	%	17,9	16,3	11,7	12,5	11,6	11,9
Lebensstandard							
Durchschn. Monatslohn, ¹¹ brutto	USD, Amtl. Wechselkurs ¹ Kaufkraftparität	68,9	76,9	62,7	43,0	42,3	.
		293	284	284	258	.	.
Mind./Durchschn.-lohn	%	9,9	9,0	31,2	33,8	51,3	.
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	34,1	35,5	33,2	33,9	30,1	.
Haushalte unter der Armutsgrenze ¹²	%	51	44	43	.	.	.
Öffentliche Haushalte¹³							
Einnahmen	Mio. Hrn.	30219	28112	28915	32876	48444	52914
Ausgaben	Mio. Hrn.	34183	34313	31196	34821	47280	52914
Budgetsaldo	Mio. Hrn.	-3964	-6201	-2280	-1944	1164	0
Budgetdefizit	% des BIP	-4,9	-6,6	-2,2	-1,5	0,7	0

Ukraine – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt¹⁴							
Export	Mrd. USD	15,5	15,4	13,7	12,5	15,7	.
Import	Mrd. USD	19,3	19,6	16,3	12,9	14,9	.
Handelsbilanzsaldo	Mrd. USD	-4,3	-4,2	-2,6	-0,4	0,8	.
Anteile wichtiger Handelspartner¹⁵							
Export nach							
EU	% der Exporte	10,9	12,1	16,9	18,3	16,1	.
Deutschland	% der Exporte	2,9	3,9	5,1	4,8	5,1	.
GUS und Baltikum	% der Exporte	54,1	40,7	35,1	29,5	33,0	.
Russland	% der Exporte	38,7	26,2	23,0	20,7	24,1	.
CEFTA	% der Exporte	7,4	9,4	9,4	11,2	.	.
Import aus							
EU	% der Importe	14,1	20,4	22,7	20,2	20,6	.
Deutschland	% der Importe	5,5	7,5	8,7	8,0	8,1	.
GUS und Baltikum	% der Importe	67,8	60,4	56,4	58,6	59,2	.
Russland	% der Importe	48,0	46,7	48,1	47,6	41,7	.
CEFTA	% der Importe	6,0	9,5	9,9	6,7	.	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	1942	2673	2885	1991	2804	.
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	726	1126	1231	1122	1692	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	1216	1547	1654	869	1112	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-1185	-1335	-1296	854	1481	.
	% des BIP (USD)	-2,7	-2,7	-3,1	2,8	4,6	.
Währungsreserven ¹⁶	Mio. USD	1960	2341	761	1046	1600	.
Wechselkurs ¹	Hrn./USD	1,83	1,86	2,45	4,13	5,44	5,7
Realer Wechselkurs ¹⁷	% Dez. – Dez	31	9,8	-14,5	-20,1	14,3	.
Terms of Trade	Verand. gg Vorjahr %	2,6	6,3	1,5	-10,6	2,2	.
Auslandsverschuldung, ¹⁶							
Brutto	Mio. USD	8839	9555	11483	12438	10271	.
Netto	Mio. USD
Schuldenquote, brutto	% des BIP	19,8	19	27,4	40,4	31,9	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	6,6	7,5	12,5	16,1	.	.

* Prognose des ukrainischen Wirtschaftsministeriums; ¹ offizieller Wechselkurs der Nationalbank im Jahresdurchschnitt; ² in konstanten Preisen von 1996; ³ Bruttowertschöpfung zu laufenden Preisen; ⁴ Beschäftigtenzahl bei nichtstaatlichen Unternehmen in v.H. zum Jahresdurchschnitt der Beschäftigten in der Wirtschaft, ohne Kleinunternehmen und Kooperativen; ⁵ Ausrüstungsinvestitionen. Diese Kategorie ist niedrigerer als die Bruttoinvestitionen laut VGR. ⁶ Angaben der VGR, BIP zu laufenden Preisen; ⁷ nach ukrainischer Zahlungsbilanz ⁸ nach Angaben der deutschen Zahlungsbilanz ⁹ bis 1998 ohne Löhne in Kolchosen ¹⁰ Ersparnisse der Haushalte in % des verfügbaren Einkommens; ¹¹ schliesst seit 1999 Löhne für Kollektivbetriebe ein ¹² Anteil der Personen mit einem Einkommen unterhalb von 50% des landesdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens; ¹³ Angaben des Finanzministeriums, die von IWF-Rechnungen abweichen; ¹⁴ Angaben des Statistischen Amtes; diese Angaben weichen von denen der Zahlungsbilanz ab ¹⁵ EU-15 für die Gesamtperiode; Daten zu CEFTA-Ländern schließen seit 1995 Slowenien, seit 1997 Rumänien und seit 1999 Bulgarien ein; die Anteilzahlen wurden anhand der Zollstatistik berechnet; ¹⁶ Stand Ende des Jahres; ¹⁷ negative Angaben bedeuten Abwertung.

Quellen: Ukrainian Economic Trends; Staatliches Komitee für Statistik der Ukraine; Nationalbank der Ukraine; Wirtschaftsministerium der Ukraine; IWF; EBRD; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.